



Leitartikel

European Commission

Europa neu denken

Unter Teilnahme von Papst Franziskus organisiert die COMECE Ende Oktober im Vatikan den Rom-Dialog zur Zukunft der Europäischen Union.

Am Anfang der europäischen Einigung war die Idee. 1923 schrieb Richard Coudenhove-Kalergi sein programmatisches Buch „Pan-Europa“, in dem er einen europäischen Staatenbund von Polen bis Portugal vorschlug. Jacques Maritain entwickelte 1940, mitten im Zweiten Weltkrieg, die Vision eines föderalistischen Europas auf christlichem Fundament. Prophetisch sagte er voraus: „Ein föderalistisches Europa kann nur leben durch den Geist des Christentums. Es ist offenkundig, dass alle großen Ideale verraten werden können; aber es ist ebenso klar, dass die Hoffnung auf dieses Ideal die einzige ist, die uns noch bleibt. Und es sind Anzeichen genug vorhanden, um mit Recht behaupten zu können, dass die Hoffnung Wirklichkeit wird, trotz aller Fehlschläge und Armseligkeiten, die mit menschlichen Dingen nun einmal verbunden sind, und vielleicht auch trotz eines immer wieder von neuem Anfangsmüssens.“

Zu den Visionären eines geeinten Europas zählt auch der vor kurzem verstorbene frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl. 2012 schrieb er: „Meine Vision für Europa war und bleibt die Vision der Gründerväter Europas: Es ist die Vision des geeinten Europas, das heißt eines immer engeren Miteinanders auf unserem Kontinent.“ Jean-Claude Juncker bezeichnete ihn bei dem europäischen Trauerakt im Europaparlament von Straßburg als einen deutschen aber auch einen europäischen Patrioten. Der frühere US-Präsident Bill Clinton sagte, Kohl habe eine Welt gewollt, in der Zusammenarbeit mehr gilt als Konflikt: „Er wollte eine Welt schaffen, in der niemand dominiert.“ EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani hob hervor: „Stets und überall verteidigte er die Würde des Menschen gegen Mauern, gegen eiserne Vorhänge und gegen totalitäre Regime.“

In diese weite Perspektive schreibt sich der Rom-Dialog ein, den die Comece zusammen mit dem Heiligen Stuhl vom 27. bis zum 29. Oktober 2017 anlässlich des 60. Jahrestag der Römischen Verträge im Vatikan organisiert. Er steht unter dem Thema: „(Re)Thinking Europe. Ein christlicher Beitrag zur Zukunft der Europäischen Union.“ 350 Teilnehmer aus Kirche und Politik werden (neu) über die Herausforderungen der EU heute nachdenken.

Kürzlich wurde auf einer Dialogveranstaltung zwischen den Kirchen und der Europäischen Kommission zum Weißbuch über die Zukunft der EU bemängelt, daß die hier nur bis 2025 in den Blick genommene Perspektive viel zu kurz sei. Die Gründerväter der europäischen Einigung hätten in Zeiträumen von mehreren Jahrzehnten vorausgedacht.

Ähnlich argumentierte ein im Frühjahr 2011 in der französischen Kulturzeitschrift „Esprit“ erschienener Artikel unter der Überschrift „Les labyrinthes du politique“ – „Die Labyrinth der Politik“. Darin wird zwischen zwei unterschiedlichen Zeitlichkeiten in der Politik unterschieden: eine kurzfristige Zeitlichkeit, die der Diktatur der Dringlichkeit und dem Druck der Wahlen und der Medien gehorcht, und eine langfristige Zeitlichkeit, die die großen politischen Probleme des Klimawandels, der öffentlichen Schulden, der globalen Ungleichheit und der demographischen Herausforderung aufgreift. Der Autor: Emmanuel Macron, heutiger Präsident Frankreichs.

Die Kirche denkt aufgrund ihrer langen Geschichte und ihrer politischen Unabhängigkeit seit jeher in einer langfristigen Zeitlichkeit. Natürlich kann man fragen, was die vielen Reflexions- und Diskussionsveranstaltungen zur Zukunft Europas realpolitisch letztlich bringen. Der deutsche Kulturphilosoph Georg Simmel (1858-1918) vertrat: „Es ist nie was in der Welt so gekommen, wie die Propheten und

Führer meinten und wollten, aber ohne die Propheten und Führer wäre es überhaupt nicht gekommen.“ Das trifft auch auf die Geschichte und die Zukunft der Europäischen Union zu.

Martin Maier SJ
JESC

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika stecken in der Flaute

Inhalt

Globaler Flüchtlingspakt: Welche Rolle soll die EU spielen?	2
2018, ein ganzes Jahr für das europäische Kulturerbe	3
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika stecken in der Flaute	4
Wie können wir uns das europäische Einigungswerk wieder zu eigen machen?	6
Fragen rund um den Brexit	8

europaeinfos

Monatliche Newsletter, 11 Ausgaben im Jahr
erscheint in Deutsch, Englisch und Französisch
19 square de Meeüs, B-1050 Brüssel
Tel +32/2/235 05 10 Fax +32/2/230 33 34
e-mail: europaeinfos@comece.eu

Herausgeber: Fr Olivier Poquillon OP
Chefredakteure: Alessandro Di Maio und Martin Maier SJ
© design by www.vipierre.fr

Hinweis : Die in europaeinfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Office dar.

Globaler Flüchtlingspakt: Welche Rolle soll die EU spielen?

Migration & Asyl
Europäische Union

Die Verabschiedung der „New Yorker Erklärung“ zur Bewältigung großer Flüchtlings- und Migrantenströme durch die Vereinten Nationen soll der Beginn eines Prozesses sein, der 2018 zu zwei globalen Flüchtlingspakten führen soll. Sollen sich die EU und die Kirchen an der Ausarbeitung der Vereinbarungen beteiligen? Mgr. Robert J. Vitillo, Generalsekretär der Internationalen Katholischen Migrationskommission (ICMC), teilt uns seine diesbezüglichen Überlegungen mit.

Konkrete Ergebnisse des UN-Flüchtlingsgipfels

Auf ihrem Gipfel im September 2016 verabschiedeten die UN-Mitgliedstaaten, einschließlich der EU-Mitglieder, im Konsens die [New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten](#). Darin bekundeten sie ihre tief empfundene Solidarität mit Millionen von Menschen, die zur Flucht aus ihren Heimatländern gezwungen sind. Für die Unterzeichner ist die Herausforderung, vor die sie sich durch die Migrationsbewegungen gestellt sehen, „vor allem moralischer und humanitärer Natur“. Sie bekräftigten ihren Willen, „Menschenleben zu retten“, und erkannten ihre gemeinsame Verantwortung an, mit Menschlichkeit, Sensibilität und Einfühlungsvermögen mit großen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen umzugehen und den Bedürfnissen jedes Einzelnen Rechnung zu tragen. Sie versprachen, ihren Verpflichtungen durch „internationale Zusammenarbeit“ nachzukommen. Diesen schönen Worten wollten sie Taten folgen lassen; in einem mutigen Schritt verpflichteten sie sich, im Laufe der Jahre 2017 und 2018 einen globalen Pakt für Flüchtlinge (basierend auf dem in der Erklärung dringend geforderten umfassenden Rahmenplan für Flüchtlingshilfemaßnahmen) sowie einen globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration auszuarbeiten.

Sollen sich die EU-Länder an der Ausarbeitung des Flüchtlingspakts beteiligen?

Als Papst Franziskus anlässlich des 60. Jahrestages der „Römischen Verträge“ die EU-Staats- und Regierungschefs empfing, [machte er deutlich](#): „Man kann die Zeit, in der wir leben, nicht ohne die Vergangenheit begreifen, die nicht als die Gesamtheit ferner Tatsachen zu verstehen ist, sondern als der Lebenssaft, der die Gegenwart durchströmt.“

Geprägt durch meinen eigenen europäischen Migrationshintergrund (meine Großeltern wanderten Ende des 19. Jahrhunderts aus dem ländlich geprägten, armen Südtalien in die USA aus) und Lebensphasen in Italien und der Schweiz, denke ich, dass sich die EU-Regierungen ebenso wie all ihre gläubigen Bürger und Menschen guten Willens in ihrem Umgang mit Menschen, die heutzutage zur Migration gezwungen sind, auch von historischen Erfahrungen leiten lassen sollten. Uns sollte immer deutlich bewusst sein, welche Faktoren von jeher Migrations- und Flüchtlingsströme ausgelöst haben: unmittelbar drohende Verfolgung, Gewalt und Krieg; extreme Armut, strukturelle Ungerechtigkeit; Leben in einem „gescheiterten Staat“.

Auch in Europa kam es im Laufe der Geschichte immer wieder zu solch dramatischen Situationen, und die europäischen Völker suchten daher in Gastländern überall auf der Welt Schutz, Asyl und dauerhafte Niederlassung. Für die Europäer ist nun ein Kairós, ein günstiger Augenblick gekommen: Wenn sie an der Ausarbeitung des Migrations- und Flüchtlingspaktes mitwirken, können sie die Zukunft von Migration gestalten und dabei Brücken statt Mauern bauen, wozu Papst Franziskus die Menschen immer wieder aufruft.

Meine eigene Organisation, die [Internationale Katholische Migrationskommission \(ICMC\)](#) engagiert sich, insbesondere durch ihre Brüsseler Niederlassung, seit langem in zwei zivilgesellschaftlichen Netzwerken, die von besonderem Interesse für EU-Regierungen und andere an der Erarbeitung des Flüchtlingspaktes beteiligten Akteure sein könnten. Es handelt sich dabei um [MADE](#) (Migration and Development Civil Society Network) und [SHARE](#) (ein Netzwerk von Städten, Regionen und lokalen Akteuren, einschließlich NGOs, Kirchen und kirchlichen Organisationen), die sich beide dem Schutz und der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa widmen.

Wird sich die Kirche in den Prozess einbringen?

Bei zahlreichen Gelegenheiten hat [Papst Franziskus sowohl](#) durch Worte als auch durch eigene Taten (beispielsweise durch die Aufnahme von Flüchtlingen im Vatikan) seine besondere Besorgnis angesichts der Tatsache zum Ausdruck gebracht, „dass viele zeitgenössische Migrationsflüsse Zwangsmigrationen sind, was die Herausforderungen an die politischen Gemeinschaften, die Zivilgesellschaft und

die Kirche vergrößert und es erforderlich macht, auf diese Herausforderungen noch unverzüglich auf koordinierte, effiziente Weise zu antworten.“ Angesichts dieser Sorgen rief Papst Franziskus daher die Oberhäupter der katholischen Kirche, Ordensgemeinschaften, katholische Organisationen und engagierte Laien dazu auf, sich aktiv an der Ausarbeitung dieser beiden globalen Flüchtlingspakete zu beteiligen, und zwar überall auf der Welt, auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene. Er beauftragte die neu geschaffene Abteilung für [Migranten und Flüchtlinge des Dikasteriums zur ganzheitlichen Entwicklung des Menschen](#), Vertreter der oben genannten Gruppen dazu einzuladen, ganz konkrete und maßnahmenorientierte Empfehlungen für die globalen Flüchtlingspakete zusammenzutragen.

Die Abteilung hat alle Empfehlungen in dem Dokument Responding to Refugees and Migrants: Twenty Action Points zusammengefasst und damit ein Werkzeug von unschätzbarem Wert für alle am Ausarbeitungsprozess Beteiligten geschaffen. Die darin aufgeführten Punkte fügen sich ein in allgemeine Grundsätze für den Umgang mit Migranten, an die Papst Franziskus immer wieder erinnert:

- 1. Aufnehmen** – Mehr sichere und legale Wege für Migranten und Flüchtlinge öffnen;
- 2. Schützen** – Die Rechte und die Würde von Migranten und Flüchtlingen verteidigen;
- 3. Fördern** – Die ganzheitliche menschliche Entwicklung von Migranten und Flüchtlingen fördern;
- 4. Integrieren** – Bereicherung lokaler Gemeinschaften durch stärkere Einbeziehung von Migranten und Flüchtlingen.

Meine Überlegungen möchte ich [mit einer für Papst Franziskus so typischen Aufforderung](#) abschließen: „Ich glaube, dass die Konjugation dieser Verben in der ersten Person Singular und in der ersten Person Plural heute eine Pflicht ist, eine Pflicht gegenüber den Brüdern und Schwestern, die aus unterschiedlichen Gründen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen: eine Pflicht der Gerechtigkeit, der Zivilisation und der Solidarität.“

Mgr. Robert J. Vitillo
[Internationale Katholische Migrationskommission](#)

Originalfassung des Artikels: Englisch

Die in europainfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Social Centre dar.



2018, ein ganzes Jahr für das europäische Kulturerbe

Kultur

Europäische Kommission

Viele Menschen zweifeln an der Sinnhaftigkeit des europäischen Binnenmarktes. Auch wenn die Europäer von erschwinglichen Preisen für Güter und Dienstleistungen profitieren, erhalten die Euroskeptiker, die die negativen Auswirkungen wie das Verblässen der kulturellen Unterschiede und die Ablehnung lokaler Besonderheiten kritisieren, vermehrt Zulauf. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission Ende August 2016 vorgeschlagen, für 2018 ein „Europäisches Jahr des Kulturerbes“ auszurufen. Sie möchte mit dieser Entscheidung zeigen, welch hohen Stellenwert die europäischen Institutionen der kulturellen Vielfalt einräumen und mit welchem Engagement sie sich dafür einsetzen, das Gedächtnis unseres Kontinents zu bewahren. Die Idee eines solchen Jahres hat der Rat der Europäischen Union 2014 erstmals in seinen Schlussfolgerungen vorgebracht.

Der Kommission geht es nicht nur darum, den Binnenmarkt zu schützen, sondern sie möchte „herausstellen, wie das kulturelle Erbe Europas zur Stärkung eines gemeinsamen Geschichtsbewusstseins und Identitätsgefühls beiträgt.“ Archäologie und Architektur, Brauchtum und Künste, Burgen und Kirchen schöpfen in ihrer lokalen und regionalen Vielfalt aus den gleichen Quellen und Inspirationen und geben dem Besucher aus Europa das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Man denke nur an die Benediktiner- oder Zisterzienserklöster, die romanischen, gotischen oder barocken Kirchen, aber auch an die Pilgerwege, die die Geographie unseres Kontinents gestaltet haben und sich als identitätsstiftend für Europa erweisen.

Die EU-Kommission wäre aber nicht sie selbst, hätte sie nicht auch die wirtschaftlichen Vorteile des europäischen Kulturerbes hervorgehoben. So weist sie darauf hin, dass über 300 000 Menschen unmittelbar im Bereich des europäischen Kulturerbes beschäftigt sind. Darüber hinaus hängen 7,8 Millionen Arbeitsplätze in Europa indirekt mit dem kulturellen Erbe zusammen, beispielsweise im Tourismus, im Bausektor oder im Bereich von Nebendienstleistungen wie im Transport, bei Übersetzungsdiensten,

der Instandhaltung der Gebäude und der Sicherheit. Allein im Jahr 2011 erwirtschaftete der Kulturerbebereich allein in Frankreich einen Gesamtumsatz von 8,1 Mrd. Euro, und zwar durch Museen, Besichtigungen von historischen Stätten und Monumenten wie auch durch weiteren Besucherattraktionen sowie durch Bibliotheken und Archiven. Ganz praktisch könnte das Europäische Jahr somit auch einen Beitrag zum besseren Schutz und Erhalt sowie zur Förderung des Kulturerbes leisten.

Auf der Grundlage des ersten Vorschlags der Kommission erzielte der Rat und das Europäische Parlament am 9. Februar 2017 eine vorläufige Einigung mit Blick auf einen Beschluss über ein Europäisches Jahr des Kulturerbes. Für die Durchführung entsprechender Veranstaltungen wurden acht Millionen Euro bewilligt. Am 27. April 2017 verabschiedete das Europäische Parlament seinen Bericht über diesen Beschluss und betonte dabei: „Die im Kulturerbe Europas verankerten Ideale, Grundsätze und Werte stellen eine gemeinsame Quelle der Erinnerung, des Verständnisses, der Identität, des Dialogs, des Zusammenhalts und der Kreativität für Europa dar. Das Kulturerbe spielt in der Union eine wichtige Rolle und in der Präambel des Vertrags über die Europäische Union (EUV) heißt es, dass die Unterzeichner aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas schöpfen“. Der endgültige Beschluss des Rates wurde Anfang Mai verabschiedet. Seitdem laufen die Vorbereitungen innerhalb der Europäischen Kommission und in den Ministerien der Mitgliedstaaten. Auf der Internetseite der [Europäischen Kommission](#) zum Europäischen Jahr ist es ab sofort möglich, sich zu informieren und einen Newsletter zu abonnieren.

Da die eigentliche Organisation der Aktivitäten in den Aufgabenbereich der Mitgliedstaaten fällt, ist vorgesehen, nationale Koordinatoren zu benennen, die sich regelmäßig auf EU-Ebene treffen sollen.

Für die Kirche in Europa, die Bischofskonferenzen, die Diözesen, Gemeinden und Klöster ist das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 eine gute Gelegenheit, das ihnen anvertraute geistig-religiöse Erbe hervorzuheben, das Teil des Kulturerbes ist. Man könnte sogar sagen, dass es sein Grundpfeiler ist. Aus diesem Grund plant die COMECE für Anfang nächsten Jahres eine europäische Konferenz,

bei der sie die betroffenen Akteure der Bischofskonferenzen sowie europäische Verbände wie „[Future for Religious Heritage](#)“ um einen Tisch versammeln will.

Stefan Lunte

[COMECE](#) and [Justitia et Pax Europa](#)

Originalfassung des Artikels: Französisch



Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika stecken in der Flaute

Wirtschaft

Afrika

Der Plan für ein Netz unterschiedlicher Handelsvereinbarungen zwischen der EU und afrikanischen Staaten hat zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt. Laut Henry Longbottom SJ liegt dies in der Tatsache begründet, dass die bestehenden und vorgeschlagenen Vereinbarungen auf einem ökonomischen Paradigma beruhen, das nicht zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung führt.

Die laufenden politischen Verhandlungen über Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Staaten scheinen sich die Passatwinde, die von der Nordhalbkugel in Richtung Äquator wehen, nicht zunutze machen zu können. In der europäischen Handelsgeschichte waren diese Winde für unzählige Kaufleute ein Geschenk des Himmels. Dies ist momentan allerdings nicht der Fall: Die große Vision der EU, ein Netz sogenannter Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA; im Englischen: Economic Partnership Agreements, EPA) mit Entwicklungsländern des Globalen Südens zu knüpfen, scheint in eine Flaute geraten zu sein.

Auf Grund gelaufen

Nigeria, die stärkste Wirtschaftsmacht in Afrika, konnte bislang nicht überzeugt werden, das [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Ländern Westafrikas](#) zu unterzeichnen. Nun kommt noch ein weiterer Misserfolg hinzu: Die WPA-Verhandlungen mit fünf Ländern der Ostafrikanischen Gemeinschaft sind momentan ins Stocken geraten. Nachdem das Abkommen im vergangenen Jahr, als Tansania in letzter Minute aus den Verhandlungen ausschied, beinahe Schiffbruch erlitten hätte, kam es im Mai zu einem [erneuten Rückschlag](#), als nur zwei Staatschefs auf dem Rettungsgipfel in Daressalam erschienen.

Die WPA gehen zurück auf die handelspolitischen Regelungen des [Cotonou-Abkommens](#), eines übergreifenden Rahmens für die Beziehungen der EU zu den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (den sogenannten AKP-Staaten), bei denen es sich zum Großteil um ehemalige Kolonien der EU-Mitgliedstaaten handelt. Das Abkommen von Cotonou wurde im Jahr 2000 verabschiedet und trat an die Stelle des [Abkommens von Lomé](#) aus dem Jahr 1975; es enthält wohlklingende

Vereinbarungen zur Linderung der Armut, Förderung der nachhaltigen Entwicklung und zu einer Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft. Das Abkommen wird alle fünf Jahre überprüft und angepasst; so führte eine Revision beispielsweise zur Aufnahme weiterer politischer Zielsetzungen, wie der Bekämpfung der Straffreiheit durch Zusammenarbeit mit dem internationalen Strafgerichtshof.

Unter dem Lomé-Abkommen erleichterte die EU den AKP-Staaten den Zugang zu ihren Märkten und verletzte somit geltende WTO-Regeln. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen hingegen zielen darauf ab, eine fragwürdige paternalistische Politik durch das Prinzip der Reziprozität zu ersetzen, so dass beide Seiten gehalten sind, ihre Märkte zu öffnen. Gemäß dem WPA-Vertrag gewährt die EU ihren Vertragspartnern einen sofortigen zoll- und kontingentfreien Zugang zu ihren Märkten. Im Gegensatz jedoch zu den Freihandelsabkommen zwischen der EU und wirtschaftlich stärkeren Ländern verlangen die WPA von den AKP-Staaten keine komplette Liberalisierung ihrer Märkte; der Grad der Liberalisierung hängt dabei von ihrem jeweiligen Entwicklungsstand ab. Sensible Erzeugnisse, insbesondere bestimmte Agrarprodukte, werden sehr häufig von den WPA-Bestimmungen ausgenommen.

Mit den WPA werden also durchaus hehre Ziele verfolgt. Warum scheitern sie dennoch? Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass die WPA hinter ihren beiden angestrebten Zielen – der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit der AKP-Staaten und der Förderung der nachhaltigen Entwicklung – zurückbleiben.

Unruhige Gewässer – Regionale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung

Was die regionale Handelskooperation innerhalb der WPA-Gruppen angeht, so bestehen Konflikte zwischen WPA-Bestimmungen und anderen EU-Handelsvereinbarungen. So profitieren beispielsweise die am wenigsten entwickelten Länder Afrikas wie Tansania schon jetzt im Rahmen der [„Alles außer Waffen“-Regelung](#) von einem zoll- und kontingentfreien Zugang zum EU-Markt. Diese handelspolitische Maßnahme kann zwar jederzeit von der EU zurückgenommen werden, sorgt aber im Augenblick dafür, dass für sehr arme Länder wie Tansania kein Anreiz besteht, ihre Märkte im Rahmen eines WPA zu öffnen. Reichere Länder wie Kenia, die von dieser „Alles außer Waffen“-Regelung nicht profitieren, zeigen

hingegen Interesse daran, ihre Rechtssicherheit durch den Abschluss von WPA zu stärken, damit sie nicht plötzlich vor schwerwiegenden Problemen stehen wie Kenia im Jahr 2014, als die EU kurzzeitig Importzölle auf kenianische Schnittblumen erhob.

Aber es gibt einen noch größeren Anlass zur Sorge, nämlich in Bezug auf die Frage, ob die WPA tatsächlich ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern. Viele Afrikaner bezweifeln dies. Nigerianischen Kritikern eines EU-Westafrika-Handelsabkommens zufolge würde eine Senkung der Zölle importierte Maschinen billiger machen und damit das heimische Industriebaum untergraben. WPA-Regelungen würden in der Tat den Regierungen die Hände binden und ihre Möglichkeiten einschränken, eigene Strategien zur Industrialisierung zu entwickeln und Zolleinnahmen zu erzielen – eine wichtige Einnahmequelle für Staaten, in denen die Erhebung anderer Steuern sehr schwierig ist. All diese Faktoren würden für die Länder Afrikas zu einer derartigen Belastung führen, dass die Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nach Auffassung von Tansanias Staatschef John Magufuli letztlich einer [„Form des Kolonialismus“](#) gleichkäme.

Wenn einige afrikanische Staatschefs zögern, die WPA zu unterzeichnen, so liegt dies auch an ihrer Befürchtung, dass in erster Linie die europäischen Exporteure von solchen „Partnerschaften“ profitieren. Ihre Bedenken sind alles anderes als abwegig. WPA würden vielleicht den Export von Waren wie Zucker, Fleisch und Milchprodukten aus reicheren afrikanischen Ländern ankurbeln. Doch scheinen die WPA eine fundamentale Ungerechtigkeit nicht wirklich anzugehen – die Festlegung Afrikas auf seine Rolle als Exporteur von Rohstoffen. Beim Kaffeehandel wird dies besonders deutlich. Der Großteil der afrikanischen Kaffeeexporte in die EU besteht aus ungerösteten grünen Kaffeebohnen. Während [Schätzungen zufolge](#) Afrika im Jahr 2014 durch den Kaffeebohnenhandel Einnahmen in Höhe von etwa 2,4 Milliarden US-Dollar erzielte, konnte Deutschland im gleichen Zeitraum schätzungsweise 3,8 Milliarden US-Dollar durch den Re-Export von verarbeitetem Kaffee einnehmen.





Dies ist nur ein Beispiel unter vielen und macht deutlich, wie afrikanische Länder, die durch Weiterverarbeitung ihrer Rohstoffe und Produktion von Gütern einen höheren Gewinn als durch reinen Rohstoffhandel machen könnten, durch bestehende Handelsvereinbarungen in ihrer wirtschaftliche Entwicklung behindert werden.

Die Notwendigkeit eines stärkeren innerafrikanischen Handels

Solange die Afrika-EU-Handelsvereinbarungen nicht diese strukturellen Wirtschaftshindernisse für Investitionen in die Wirtschaft Afrikas aus dem Weg räumen, werden sie wohl kaum zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen. Bis dahin kann man es afrikanischen Staatschefs vielleicht nicht verdenken, dass sie sich mehr von der 2012 von der Afrikanischen Union beschlossenen [Kontinentalen Freihandelszone in Afrika](#) (Continental Free Trade Area, CFTA) erhoffen. Aufgrund eines stark fragmentierten Marktes macht der intraregionale Handel in Afrika nur 18 % aus. Eine Kontinentale Freihandelszone, die 54 afrikanische Länder mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen und einem Gesamtbruttoinlandsprodukt von mehr als 3,4 Billionen US-Dollar umfasst, könnte sich als ein sichererer Weg erweisen, um die einheimische Wirtschaft anzukurbeln und die Bevölkerung der AKP-Staaten vor den Turbulenzen der wechselnden Gezeiten auf dem globalen Markt zu schützen.

Henry Longbottom SJ

[Europäisches Sozialzentrum der Jesuiten \(JESC\)](#)

Originalfassung des Artikels: Englisch



EU-ACP MEETING (PHOTO: EPA/OLIVIER)



Wie können wir uns das europäische Einigungswerk wieder zu eigen machen?

Institutionelle Fragen

Europäische Kommission

Impuls für einen Neustart – Brexit, Trump & Macron

Auf Initiative Deutschlands und Frankreichs erlebt das europäische Einigungswerk einen neuen Aufschwung. Damit dieser Aufschwung aber stabil und nachhaltig sein kann, müssen sich die Europäer dieses Aufbauwerk selbst wieder zu eigen machen. Im Folgenden einige Grundvoraussetzungen, damit dies gelingen kann.

In der Existenzkrise, die das Projekt des vereinten Europas derzeit durchlebt, kündigt sich das Jahr 2017 schon als Wendepunkt an. Ein Neustart zeichnet sich ab, den drei politische Ereignisse verursachen. Die ersten beiden fanden 2016 statt und kamen von außen: die Entscheidung für den Brexit und die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten. Beide Willensbekundungen zwingen die Europäische Union dazu, zu reagieren. Das politische Chaos auf der britischen Insel sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Unwägbarkeiten, die durch das Brexit-Referendum entstanden sind, lassen die restlichen EU-Mitgliedstaaten ein Jahr später davor zurückschrecken, ein ähnliches Unterfangen zu versuchen. Vielmehr ist durch den Brexit ein Bewusstsein dafür entstanden, wie wichtig es ist, der EU anzugehören. Ihre Errungenschaften werden nun wieder mehr geschätzt.

Gleichzeitig zwingt die Trump-Regierung, deren Politik durch Unberechenbarkeit, doch eine eindeutige Präferenz für unilaterale Beziehungen geprägt ist, die EU dazu, sich wieder auf ihre eigenen Stärken zu besinnen. So erklärte Angela Merkel im vergangenen Juni: „Europa muss sein Schicksal in die eigene Hand nehmen“. Der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und die protektionistischen Drohgebärden Donald Trumps bewirken, dass sich die Europäer noch stärker im Kampf gegen die Klimaerwärmung behaupten und ihren Wunsch nach offenen Handelbeziehungen und multilateralen Beziehungen bekräftigen. Gründe für die aktuelle Wiederbelebung des europäischen Einigungsprozesses sind jedoch nicht nur der Brexit oder Trump.

Letztere haben als Gegenreaktion am 7. Mai 2017 die Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten begünstigt, das dritte politische Ereignis, das hinter dem wiedererwachten Interesse an Europa steht. Der Kantersieg des Kandidaten, der sich als stolzer Europäer präsentiert, über die überzeugte Europagegnerin Marine Le Pen, hat dem europäischen Einigungswerk neue Legitimität verschafft. Mit den Bundestagswahlen in Deutschland am 24. September dürften dieser Trend und damit auch die deutsch-französischen Bande gefestigt werden, unabhängig davon, wer den Wahlsieg in Berlin davonträgt. Von diesem langjährigen und nach wie vor unabdingbaren Motor des europäischen Aufbauwerks wird eine breitangelegte Initiative erwartet.

Eine solche deutsch-französische Initiative, mag sie auch auf allerhöchster Ebene erfolgen und so wichtige Themen wie das Europa der Verteidigung oder die Integration der Eurozone beinhalten, wird aber nicht ausreichen, um den europäischen Einigungsprozess wieder in die richtige Spur zu bringen; mangelt es den Europäern doch grundlegend an einem Zugehörigkeitsgefühl zu Europa. Die EU kann ihren ganzen Nutzen ausspielen und sich als unumgänglicher Akteur auf der internationalen Bühne profilieren, doch nutzt ihr dies alles nichts, wenn sich die Europäer nicht selbst ihr Projekt wieder zu eigen machen.

Weitere Bedingungen erforderlich für Erfolg – Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, Respekt für nationale Vielfalt und Entwicklung einer Vision

Eine erste Grundvoraussetzung hierfür ist, dass die Wiederbelebung des Projekts alle miteinbezieht. Die Wahl des französischen Präsidenten, das Brexit-Votum sowie andere Wahlen in Europa haben gezeigt, dass in vielen Ländern eine tiefe Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung besteht. Die EU neigt dazu, sich nur auf der Gewinnerseite zu präsentieren. Diese Kluft ist aber nicht nur ein gesellschaftliches oder generationsbedingtes Problem, sondern allem voran ein territoriales: Die Kluft besteht zwischen den offenen, multikulturellen und gut angebundenen Städten und den ländlichen oder ehemals industriellen Gebieten, die sich abgehängt fühlen. Gemeinsam mit den nationalen Regierungen müssen die

europäischen Institutionen diesen Regionen neue Perspektiven aufzeigen. Genau dort, in diesen besonders benachteiligten Regionen, muss sich das solidarische Europa beweisen. Geeignete Werkzeuge hierfür wären der eigens dafür vorgesehene „Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“ und Maßnahmen der „Kohäsionspolitik“.

Die zweite Grundvoraussetzung dafür, dass sich die Menschen den europäischen Einigungsprozess wieder zu eigen machen, besteht darin, ihn auf die jeweiligen Mitgliedstaaten abzustimmen. Die extreme Rechte stellt EU und Nation gerne als Gegenpole dar. Getreu der Devise Europas „In Vielfalt geeint“ könnte man auch sagen: Die europäische Einheit lebt von der Vielfalt der Nationen. [Vaclav Havel erklärte 2009 vor dem Europäischen Parlament](#): „Wenn ich mich als Europäer fühle, dann heißt das doch nicht, dass ich aufhöre Tscheche zu sein. Im Gegenteil: Als Tscheche bin ich auch Europäer. (...) Europa [ist] die Heimat unserer Vaterländer.“ Dies bedeutet nichts anderes, als dass niemand aus dem Nichts heraus europäischer Bürger ist, sondern auf der Grundlage seiner eigenen Nationalität. Natürlich mag jeder das bevorzugen, was aus seinem Heimatland oder seiner Heimatregion kommt, ohne gleich als Nationalist verschrien zu sein. Gleichzeitig verbietet die Liebe zum Vaterland nicht, die eigenen egozentrischen Interessen zu überwinden und im Sinne der Gründerväter des europäischen Aufbauwerks zu manchen Themen eine „Interessenfusion“ anzustreben. Ein Staat nimmt nicht nur von Europa, er hat Europa auch etwas zu geben. Dieses Gleichgewicht ist zu sehr aus dem Fokus gerückt.

Die dritte und nicht weniger wichtige Grundvoraussetzung besteht darin, dem Projekt eines vereinten Europas neuen Sinn zu geben. Das ursprüngliche Ziel, ein Europa des Friedens zu schaffen, hat im Laufe der Generationen an Bedeutung verloren. Der Friede zwischen unseren Ländern wird mittlerweile als selbstverständlich wahrgenommen.





Doch sollte nicht unterschätzt werden, wie schwer nationale Vorurteile wiegen und wie sehr auch weiterhin eine geduldige Versöhnungsarbeit zwischen den Völkern notwendig ist, damit sich ein Klima des Vertrauens einstellen kann und wir unsere Mittel gemeinsam nutzen können. Neben dem inneren Frieden, der ständig gefestigt werden muss, kann Europa seinen Wiederaufschwung aber auch auf ein ganz neues grundlegendes Anliegen gründen: Bezugspunkt für die Welt sein. [In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament hat Papst Franziskus Europa](#) dazu aufgerufen „Bezugspunkt für die ganze Menschheit“ zu sein. In einer zunehmend unsicheren Welt, in der neu Einflussbereiche durch Machtverhältnisse geprägt werden, muss sich Europa geschlossen zum Rechtsstaat, zur Öffnung, zur sozialen Marktwirtschaft und zum Umweltschutz bekennen. Diese Auflistung, die zu erweitern und zu verfeinern wäre, zeigt, was Europa ohne Arroganz heute für die Welt tun kann.

Die Rolle der Christen in der Umgestaltung Europas

Präsident Macron plant für Ende des Jahres die Durchführung sogenannter „conventions démocratiques“, [eine Art Bürgerversammlungen in Europa](#), im Rahmen derer sich die Menschen intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzen und sich das europäische Projekt wieder zu eigen machen können. Hierzu sollen auch die Christen einen wertvollen Beitrag leisten, sie, die das europäische Ideal von Beginn an so engagiert unterstützt haben. Der „[Dialog von Rom](#)“, ein hochrangiges Dialogforum, zu dem der Vatikan und die Comece Ende Oktober 2017 einladen, bietet in dieser Hinsicht eine wichtige Chance.

Sébastien Maillard

Direktor des [Jacques Delors-Instituts](#)

Originalfassung des Artikels: Französisch

Die in europeinfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Social Centre dar.



EMMANUEL MACRON, PRESIDENT OF FRANCE



Fragen rund um den Brexit

Klimawandel

Vereinte Nationen

Der Brexit wird ein einschneidendes Ereignis in der europäischen Geschichte bleiben, das viele ungeklärte Themen und Fragen aufwirft. Der ehemalige Generalsekretär der COMECE, Msgr. Patrick H. Daly, nimmt eine Bestandsaufnahme vor.

Theresa May lässt sich nicht in die Karten schauen

Zu Beginn ihrer Amtszeit im Juli 2016 hieß es vonseiten der britischen Premierministerin Theresa May, die absolute Priorität auf der politischen Agenda ihrer Regierung sei es, ihr Land aus der EU zu führen. „Brexit heißt Brexit“, so ihre Worte. Sie knüpfte ihr politisches Ansehen an einen erfolgreichen EU-Austritt. Es war klar, dass in ihren Augen das Kappen der institutionellen Verbindungen Großbritanniens mit der Europäischen Union nach 43-jähriger Mitgliedschaft – eine Aufgabe, der sie sich aufgrund des Referendums vom 23. Juni 2016 verpflichtet fühlte – nur dann funktionieren würde, wenn es zu einem radikalen, sauberen chirurgischen Schnitt käme.

Einige Monate später wurde sie anlässlich eine Rede in Bahrain etwas genauer: Sie strebe einen „rot-weiß-blauen Brexit“ an. Meinte sie damit einen Brexit, mit dem sämtliche Parteien im Vereinigten Königreich einverstanden sein würden? Ein Jahr nach dem Volksentscheid und vier Monate nach der Auslösung von Artikel 50 des Lissabon-Vertrags durch die britische Premierministerin zeichnet sich noch kein Ende der im britischen Parlament und in den britischen Medien geführten Debatte darüber ab, ob man eher einen „harten“ oder einen „weichen“ Brexit anstreben und ob Großbritannien weiterhin Mitglied des Binnenmarkts und/oder der Zollunion bleiben soll. Die offizielle Denkweise zum Thema Brexit ist genauso undurchsichtig wie am Tag, an dem das Ergebnis des Referendums verkündet wurde. Selbst während der Wahlkampagne im Vorfeld der von Theresa May für den 8. Juni 2017

ausgerufenen Parlamentswahlen ließ sie sich nicht in die Karten schauen, sodass niemand wirklich verstand, was der Brexit für sie, die Verhandlungsführerin, bedeutete. Weiß die britische Premierministerin überhaupt, was sie will?

„Bestmöglicher Deal“ für Großbritannien

In ihrer Thronrede vom 21. Juni anlässlich der Parlamentseröffnung im Anschluss an die Parlamentswahlen vom 8. Juni verkündete Königin Elisabeth II., ihre Regierung sei entschlossen, im Rahmen des EU-Austritts den „bestmöglichen Deal“ für ihr Land anzustreben und zu erreichen. Vor dem Hintergrund der gerade erst angelaufenen Austrittsverhandlungen schwant es dem britischen Verhandlungsteam unter Vorsitz von Brexit-Minister David Davis sowie den übrigen Whitehall-Bürokraten allmählich, dass es Michel Barnier und die Brüsseler Beamten sind, die die Bedingungen für jedwede Form des Austritts diktieren werden. Sie sind es, die über ein zukünftiges Handels- und Sicherheitsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU der 27 entscheiden werden. Die in der Brexit-Rhetorik in Großbritannien verwendete Sprache scheint seltsam unangebracht: Für gewöhnlich setzt man sich für einen „bestmöglichen Deal“ ein, wenn man einem Verein oder einem Club beitrifft und nicht, wenn man diesen willentlich verlässt. Ist sich das Vereinigte Königreich der Tatsache bewusst, dass es die EU ist, die die Bedingungen diktieren wird?

Ungeachtet aller von Theresa May hinter den Kulissen des G20-Gipfels in Hamburg am 6. und 7. Juli geäußerten Drohungen über bilaterale Handelsabkommen mit den USA und Japan und einen potenziellen „Alleingang“ ihres Landes als „Global Player“ (May in ihrer viel beachteten Grundsatzrede über die Brexit-Strategie in Lancaster House am 17. Januar 2017), hat noch niemand wirklich darüber nachgedacht, wie das Leben nach dem Brexit aussehen bzw. was der EU-Austritt für die britische Wirtschaft oder die britische Gesellschaft von morgen bedeutet. Dies sind nur einige von vielen Fragen, auf die selbst die weitsichtigsten politischen Experten keine Antwort haben.

Eines wird deutlich: Ob es der Verband der britischen Industrie (CBI) oder die Londoner City ist, die einen „weichen“ Brexit wünschen, oder die rechten Tories, deren

Wunsch nach einem „harten“ Brexit in den britischen Tageszeitungen The Spectator, The Telegraph und The Daily Mail mit einer „Wahrhaftigkeit“ wiedergegeben wird, die sogar der amerikanischen Wahlkampfstrategin Kellyanne Conway die Schamesröte ins Gesicht treiben würde, alle sind darum bemüht, das Beste für ihr Land zu erreichen, ohne jedoch die geringste Ahnung zu haben, welche Folgen sich daraus ergeben.

Bei der in den britischen Medien und im Unter- und Oberhaus geführten Brexit-Debatte dreht sich bislang alles nur um ein „möglichst positives Ergebnis für Großbritannien“, um den „bestmöglichen Deal“. Niemand hatte sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie sich der Brexit auf die anderen, insbesondere auf die kleineren EU-Staaten oder auf die EU als Ganzes auswirken würde, bis zu dem Augenblick, als der ehemalige Ministerpräsident Irlands (1994-1997) und Ex-EU-Botschafter in den USA (2004-2009), John Bruton, auf den Plan trat.

Das Wohl der EU der 27

So schrieb Bruton in einem Artikel in der britischen Tageszeitung The Guardian am Samstag, 1. Juli, dass das Vereinigte Königreich keinerlei Lösungen für die Probleme zu bieten habe, die der Brexit für die verbleibenden 27 EU-Staaten verursacht. Das Land, das wahrscheinlich am stärksten unter dem Brexit zu leiden haben werde, sei Irland, der einzige EU-Mitgliedstaat mit einer Landesgrenze zu Großbritannien. Bei seiner Kritik nahm Bruton kein Blatt vor den Mund.





Er bezeichnete den Brexit als „unfreundlichen Akt“ mit Blick auf einen Nachbarn, der am selben Tag 1973 der damaligen EWG beitrug und damit 43 Jahre lang Partner in der Familie der europäischen Nationen gewesen sei. Sollte die EU als Ganzes oder einzelne Mitgliedstaaten unter dem Brexit leiden, so werde dies in den kommenden Jahren zwangsläufig eine Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU der 27 zur Folge haben. Für viele sei der Brexit ein Eigentor mit nicht kalkulierbaren Kollateralschäden. Wollte man vermeiden, dass der Brexit die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und den verbleibenden 27 EU-Staaten belastet und das Land zu einem Außenseiter wird, so müsse Großbritannien den Anfang machen und zeigen, dass ihm das Wohl der Union am Herzen liegt.

Es gibt viele offene Fragen rund um den Brexit; die wichtigste unter ihnen ist jedoch die, die John Bruton aufgeworfen hat. Die für die EU durch den Brexit entstehenden Spannungen, die destabilisierende Wirkung, die die Austrittsverhandlungen auf die Union haben werden, welche sich nach ihrem 60. Geburtstag auf den Weg in eine schwierige Zukunft macht, und die langfristige Unsicherheit, auf die sich die in Großbritannien lebenden EU-Bürger bzw. die in anderen EU-Mitgliedstaaten lebenden Briten einstellen müssen, werden völlig vernachlässigt, während ein zutiefst entzweitertes Großbritannien nach dem „bestmöglichen Deal“ strebt. Bruton schließt mit den Worten: „Selbst wenn Großbritannien kein EU-Mitglied mehr ist, ist eine starke EU wichtig für das Land... Wenn Großbritannien ein vernünftiges Brexit-Ergebnis möchte, muss es zeigen, dass es sich Gedanken darüber macht, wie dieses zu erreichen ist“. Bruton mag es zwar nicht ausdrücklich gesagt haben, aber würde der Brexit vor dem Hintergrund des Grundprinzips der Katholischen Soziallehre, des Gemeinwohls, erörtert, würde dies ein ganz anderes Licht auf ihn werfen.

Msgr. Patrick H. Daly

Ehemaliger Generalsekretär der [COMECE](#)

Originalfassung des Artikels: Englisch

Die in europainfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Social Centre dar.

